

<http://www.derwesten.de/nachrichten/wirtschaft-und-finanzen/Gruene-wollen-Moratorium-id4820663.html>

Umstrittenes Fracking

Grüne wollen Moratorium

Wirtschaft und Finanzen, 29.06.2011, Heinz Krischer



Dortmund/Berlin. Für ein bundesweites Moratorium zum Fracking, wie es bei der Suche nach unkonventionellem Erdgas angewendet wird, setzen sich die Grünen im Bundestag ein. Heute wird dort ein Antrag der Fraktion diskutiert, der eine Aussetzung dieser Bohrmethode verlangt, bis gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse über Risiken und Folgen vorliegen.

Der Einsatz giftiger Stoffe bei der Erdgasgewinnung soll ausgeschlossen werden. Außerdem fordern die Grünen mehr Öffentlichkeitsbeteiligung im Vorfeld der Bohrungen. In Niedersachsen seien 160 Frac-Maßnahmen durchgeführt worden, ohne dass die Bürger darüber informiert worden seien. Beim Fracking wird mit hohem Druck mit Chemikalien vermisches Wasser in den Untergrund gepresst, um so Risse für die Erdgasförderung zu erzielen.

Die Grünen drängen auf eine Änderung des deutschen Bergrechts, das „völlig einseitig die Rechte der Förderunternehmen auf Kosten von Mensch und Umwelt“ schütze. Die NRW-Landesregierung will dazu eine Initiative im Bundesrat starten, weil auch hier Gasfirmen die Förderung erwägen.

Im CDU-geführten Bundesumweltministerium, das sich noch im Februar neutral-positiv zur unkonventionellen Erdgasförderung stellte und in internen Papieren auf Werbebroschüren der Erdgasindustrie berief, hat es offenbar einen Sinneswandel gegeben. „Durch das Aufsuchen und die Gewinnung von nicht konventionellen Erdgasvorkommen“, warnt man nun in einer Mitteilung, „können Gefahren für die Grundwasserbeschaffenheit und für die Trinkwassergewinnung entstehen.“

In Frankreich wurde nach heftigen Bürgerprotesten vor wenigen Tagen ein Gesetz verabschiedet, das Fracking verbietet.